

Sehr geehrter Herr Korschinsky,
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Übersendung der Stellungnahme der KAB Bamberg zur Rentenpolitik. Gerne möchte ich kurz die im Wahlprogramm der SPD skizzierten Vorschläge zur gesetzlichen Rente vorstellen.

Die gesetzliche Rentenversicherung ist die erste starke Säule der Alterssicherung und muss es bleiben. Wer jahrzehntelang Beiträge gezahlt hat, muss auf dieses Versprechen der Sicherheit im Alter vertrauen können. Dies gilt auch für die heute jungen Menschen, die ins Erwerbsleben kommen und viele Jahre Beiträge zahlen werden. Das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente muss deshalb stabilisiert werden. Wir wollen, dass das Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung dauerhaft bei mindestens 48 Prozent gesichert wird. Dies ist auch im Interesse derjenigen, die in Zukunft in Rente gehen. Denn nach geltendem Recht läuft diese Stabilisierung des Rentenniveaus schon zum 1. Juli 2025 aus. Damit würde es in Zukunft sinken bzw. stärker von der allgemeinen Lohnentwicklung entkoppelt. Auch wenn die Renten in absoluten Werten nicht sinken, wäre dies faktisch eine Rentenkürzung in der Zukunft.

Ein abschlagsfreier Renteneintritt nach 45 Beitragsjahren wird mit der SPD auch künftig zwei Jahre früher möglich bleiben. Das haben sich gerade Menschen verdient, die früh begonnen haben zu arbeiten. Eine Anhebung der Regelaltersgrenze lehnen wir im Übrigen ab. Wir haben die Grundrente eingeführt und die Leistung für Erwerbsgeminderte verbessert. Darauf werden wir aufbauen.

Unser Ziel ist es, mehr und langfristig alle Erwerbstätigen in die Solidarität der gesetzlichen Rentenversicherung einzubeziehen. Wir wollen zunächst alle Selbstständigen absichern, die oft ein hohes Schutzbedürfnis haben. Dabei kommt es auf gute Lösungen an, die auch bei zunehmenden Wechseln der Beschäftigungsform eine grundlegende Altersabsicherung und eine Versicherung gegen das Risiko der Erwerbsminderung bieten.

Für niedrige Renten gibt es viele Gründe, die im Erwerbsleben des Einzelnen liegen: niedrige Löhne, unfreiwillige Teilzeit aber auch Arbeitslosigkeit. Deshalb ist es z.B. wichtig, dass die Tarifbindung u.a. mit dem Bundestariftreuegesetz gestärkt wird. Leider scheiterte dieses zuletzt am Widerstand der FDP. Wir haben es jedoch weiterhin auf unserer Agenda. Die Höhe des gesetzlichen Mindestlohns muss sich an den Empfehlungen der europäischen Richtlinie orientieren, also an mindestens 60 Prozent des mittleren Einkommens in Deutschland. Wir werden dafür sorgen, dass dieses europäische Recht von der Mindestlohnkommission künftig berücksichtigt wird. Dementsprechend muss der Mindestlohn spätestens ab 2026 bei 15 Euro liegen.

Für die Lebensstandardsicherung müssen auch die zweite, betriebliche Säule und die dritte, private Säule stärker gefördert werden, damit insbesondere Geringverdiener

überhaupt die Chance bekommen, vorzusorgen. So wollen wir insbesondere die steuerliche Förderung der Betriebsrente für Geringverdiener ausbauen. Staatliche Förderung für private Altersvorsorge wollen wir nur für solche neuen Altersvorsorgeprodukte zulassen, deren Kosten transparent und gedeckelt sind. Die staatliche Förderung soll differenziert ausgestaltet und auf kleine und mittlere Einkommensbezieher konzentriert werden, die sich sonst gar keine oder nur eine geringe private Altersvorsorge leisten können.

Im Wahlprogramm verankert haben wir auch, dass wir all diejenigen besser unterstützen wollen, die nach dem Erreichen des Rentenalters noch weiterarbeiten wollen. Darum schaffen wir das Vorbeschäftigungsverbot ab, es kann also ein neuer befristeter Arbeitsvertrag mit demselben Arbeitgeber geschlossen werden. Für alle, die das Rentenalter erreicht haben, soll der Arbeitgeberbeitrag zur Arbeitslosenversicherung und auch der Rentenversicherung direkt an die Beschäftigten ausgezahlt werden. Zudem sollen sie anstelle monatlicher Zuschläge auf die Rente auch eine Einmalzahlung in Anspruch nehmen können.

Gerne stehe ich Ihnen auch für ein persönliches Gespräch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Anette Kramme, MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
beim Bundesminister für Arbeit und Soziales